

## 17. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

des Abgeordneten Alexander Spies (PIRATEN)

vom 13. Dezember 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Dezember 2013) und **Antwort**

#### Direktzahlungen der Miete durch die Jobcenter an Vermieter\*innen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. In wie vielen Fällen leisten die Berliner Jobcenter die Mietzahlungen von Leistungsbezieher\*innen gemäß § 22 Abs. 7 SGB II direkt an die Vermieter\*innen (bitte nach Jobcenter aufschlüsseln; sofern dies statistisch nicht erfasst wird, bitte Schätzwerte angeben)?

2. Wie hat sich die Anzahl der Direktzahlungen der Miete von Leistungsbezieher\*innen direkt an die Vermieter\*innen nach Kenntnis des Senats entwickelt und wie bewertet er diese Entwicklung?

3. Wie häufig kam es in den Jahren seit 2010 zu Beanstandungen im Zusammenhang mit Direktzahlungen der Miete durch die Berliner Jobcenter direkt an die Vermieter\*innen (bitte nach Jobcenter aufschlüsseln; sofern dies statistisch nicht erfasst wird, bitte Schätzwerte angeben)?

Zu 1 bis 3.: Die erfragten Daten werden nicht erfasst. Der Senat hat demzufolge auch keine Erkenntnisse, die eine seriöse Schätzung zuließen.

4. Welche Erkenntnisse hat der Senat, dass die Berliner Jobcenter ihrer Amtspflicht bezüglich der Direktzahlungen der Miete an Vermieter\*innen vollumfänglich nachkommen?

Zu 4.: Mit § 22 Absatz 7 SGB II regelt der Bundesgesetzgeber, unter welchen Bedingungen eine Direktüberweisung verpflichtend zu erfolgen hat oder erfolgen soll. Diese Regelungen wurden mit der Neufassung den Berliner Ausführungsvorschriften zur Gewährung von Leistungen gemäß § 22 SGB II und §§ 35 und 36 SGB XI (AV-Wohnen), die am 01.09.2013 in Kraft getreten sind, in Ziffer 10 – Mietschulden - 10.1 – Prävention - aufgegriffen und das Verfahren konkretisiert. Der Senat hat keine Anhaltspunkte dafür, dass bundesgesetzliche Regelungen oder verwaltungsintern bindende Ausführungsvorschriften von den Jobcentern nicht beachtet werden.

Berlin, den 06. Januar 2014

In Vertretung

Dirk Gerstle

---

Senatsverwaltung für  
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Jan. 2014)